

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Volkes und Provinzialteil Reich, Dreilager, für die Illustrierte Rudolf Roggendorf, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wolfenbarger, Leipzig. — Verl. der „Volksstimme“ G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volkeinsendungen monatlich 1.00 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Abonnementsgebühr: Die Zeitungsabonnenten 25 Pfennig, im Jahresvertrag 2.50 Mark. — Die Zeitungsabonnenten 25 Pfennig. — Verlags- und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 8407. — Zeitungspreisliste Seite 41.

Nr. 188.

Halle, Mittwoch den 28. August 1918.

2. Jahrgang.

Die spanische Gefahr.

Am 17. August wukten die Times von einer spanischen Stellungnahme gegen Deutschland wegen des U-Boot-Krieges zu berichten. Das englische Blatt darüber erstreckt sich auf die jüngsten Auftritte über das Verhalten des Schiffbauers gegen Spanien, an dem es auch von der Stellungnahme Spaniens zum U-Boot-Krieg zu melden wolle, wies das Blatt darauf hin, daß in spanischen Kreisen 90 deutsche Schiffbauern, und sich erkennen, daß deren Beschäftigung natürlich im Interesse der Entente vorzuziehen wäre. Einstweilen scheint sich die englische Hoffnung, die immerhin erkennen läßt, daß England durch den U-Boot-Krieg gezwungen in Druck gekommen ist, nicht erhalten zu sollen. Inzwischen, man kann nicht wissen, wie sich die Dinge noch entwickeln werden.

Wie steht es nun aber um den deutsch-spanischen Fall?

Der spanische Botschafter in Berlin hat eine Antikriegs seiner Regierung erhalten, die er mündlich in die Auswärtigen Mitgeteilt hat. Die spanische Regierung betont, darin ihren festen Willen zur Neutralität, bringt aber gleichzeitig um Ausdruck, daß die Verletzung spanischer Tonnage durch deutsche U-Boote einen Unfang erreicht hätte (die Aufzählung spricht von 20 Prozent), der das spanische Wirtschaftsleben ernstlich gefährde. Aus diesem Grund könne die spanische Regierung diesem Gang der Dinge nicht mehr zusehen, sondern sie sehe sich durch die Notlage des Landes gezwungen, von jetzt ab den Verkehr mit den neutralen Seemächten zu unterbrechen und die Dauer des Krieges ins Auge zu fassen.

Unsere Regierung hat der spanischen Regierung zu verstehen gegeben, welche ernstlichen Bedenken einer derartigen Behandlung der Frage entgegenstünden, und hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen über das Beilegen des spanischen Handelsunternehmens, um die Schwierigkeiten des spanischen Handels außerhalb des Sperregebietes vollständig zu beseitigen. Eine Ausnahmebehandlung des U-Boot-Krieges zugunsten einer Macht ist nicht möglich. Wegen der Schäden, die durch den U-Boot-Krieg Neutralen zugefügt werden, könnten wir auf diese im Rahmen der gesamten Kriegsführung erforderliche und wirksame Bekämpfung unserer Feinde nicht verzichten. Wir hätten keinen Zweifel, daß die spanische Regierung, die in ihrer Aufzeichnung ihren Neutralitätswillen bekundet habe, die Neutralität auch tatsächlich aufrechterhalten werde.

Spanien hatte, wie aus Madrid gemeldet wird, der Staatsminister Dato mehrere Unterredungen mit dem deutschen Botschafter Frinzen Wabitor. Nach einer tendenziösen Meldung des Tages haben die Unterhandlungen zwischen dem Madrider Kabinett und der deutschen Botschaft die Haltung der spanischen Regierung in keiner Weise ändern können. Sie sei in jedem Teil zu geblieben, wie sie in der offiziellen Note festgelegt worden sei. Eine Vertiefung dieser Verhandlungen liegt bisher nicht vor. Aber obgleich die spanische Regierung nach dem Pariser Botschaften in ihrem gegen das Deutsche Reich eingenommenen Standpunkte festgehalten hat, sind die Times mit der spanischen Regierung gar nicht zufrieden. Das Blatt schreibt, die Alliierten seien weit davon entfernt, Genugtuung darüber zu empfinden, daß Spanien seine Botschaft als Neutraler in Treu und Glauben und im Geiste einer wirklichen Unparteilichkeit beobachtet habe. Obgleich es behauptet, daß Spanien lediglich eine wirkliche Neutralität zu erwarten, äußert es die Drohung, es könne nicht oft genug wiederholt werden, daß sein Wunsch berechtigter sei als der Gedanke, eine große Rolle bei den Friedensverhandlungen zu spielen. Die Alliierten würden aber ihren eigenen Frieden zu ihrer eigenen Zeit und zu ihren eigenen Bedingungen abschließen. Sie würden seine direkte oder indirekte Einmischung eines neutralen Staates dulden.

Danach wäre das spanische Vorgehen lediglich von der Erwägung diktiert, einen Konflikt mit Deutschland zu schaffen, um in seinem Interesse an den Friedensverhandlungen teilzunehmen zu können. Man kann es dahin gestellt sein lassen, ob die Times an diese Annahme glauben, lieber ist aber, das Blatt wie die offiziellen Botschaften in England und Frankreich von der Haltung der spanischen Regierung nicht befriedigt ist. Und doch birgt trotz aller Entschiedenheit, mit der die spanische Regierung verfährt, an der Neutralität festhalten zu wollen, der deutsch-spanische Konflikt die Gefahr in sich, daß Spanien an der Seite unserer Gegner gezwungen werden könnte, wenn die deutsche Regierung und ihre Vertretung in Madrid bei den Verhandlungen nicht mit äußerster Vorsicht zu Werke geht. Spanien, dessen Gebiet fast so groß ist wie das des Deutschen Reiches und das mehr als 20 Millionen Einwohner hat, ist heute der größte der noch verbliebenen neutralen Staaten. Die Haltung Spaniens ist auch auf die spanisch-amerikanischen Staaten, auf Chile und Argentinien, und ebenso auf Mexiko nicht ohne Einfluß gewesen, denn sie hat bewirkt, daß diese Staaten ebenfalls in der Neutralität verharren haben.

Die spanische Neutralität ist also für Deutschland und die Mittelmächte von großem Vorteil gewesen. Aber eben so groß würde für uns der Nachteil sein, wenn sich Spanien in diesem Stadium des Weltkrieges zu unseren Gegnern schlagen wollte. Zunächst besteht diese Gefahr noch nicht. Und in Spanien machen sich auch Stimmen bemerkbar, daß Spanien bei einer Teilnahme am Weltkriege an der Seite der Entente und gegen die Mittelmächte nur im Interesse Englands und zu seinem eigenen Schaden handeln würde. So waren AV, C1 Debatte und verschiedene andere Blätter die spanische Regierung, die Unerschöpflichkeit so weit zu treiben, daß die Neutralität Spaniens gefährdet würde. AV schrieb dieser Lage: „Der Krieg wäre die Schande und das Verderben unseres Vaterlandes, wie er das Verderben aller Länder gewesen ist, die in die Weltkriege hineingezogen wurden, um dabei fremden Interessen zu dienen.“ Im übrigen wünscht AV einen Unterbruch zwischen den von der spanischen Regierung gedankten Schiffen und den anderen festgelegt zu sehen und glaubt, daß Deutschland geneigt sein würde, die ersteren zu ordnen. Wir wissen nicht, ob dieser Weg gangbar ist. Da aber auch die deutsche Regierung das ehrliche Versehen hat, Spanien entgegen zu kommen und den Sonstigen zu begrenzen, so darf man um so eher auf einen Ausgleich hoffen, als ja auch Spanien sich bemüht ist, von einer Teilnahme am Kriege nichts zu profitieren.

Um allgemeinen aber gibt der spanisch-deutsche Zwischenfall erneut Anlaß zu Betrachtungen über die Wirkungen des U-Boot-Krieges. Kein Mensch ist sich heute mehr darüber im Zweifel, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg die Hoffnungen, die die Alliierten auf ihn gesetzt, gründlich zertröten hat. In dem Moment, als England auf die erste Zeitungen Geldern sind anderthalb Jahre befristet, und wenn der U-Boot-Krieg der Entente auch schwer zu schaffen gemacht hat, so wird er doch die Entente so wenig auf die Knie zwingen wie der englische Auswandererrieg die Mittelmächte. Dafür entfällt aber der U-Boot-Krieg die ständige Gefahr, den einen oder den anderen der Neutralen vollständig sogar gegen seinen Willen ins Lager der Gegner zu treiben und die Neutralität aufzugeben. Die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges haben auch die Vereinigten Staaten zum Anlaß genommen, uns den Krieg zu erklären. Die Sozialdemokratie und auch viele Kreise des Bürgertums haben diesen Schritt vorausgesehen. Wir legen nicht so viel Gewicht auf den Grund, den die Vereinigten Staaten für ihren Anschluß an den Weltkrieg gegen die Mittelmächte angeführt haben. Der nächste Anlaß zur Teilnahme am Weltkriege war die Erklärung über den beschränkten U-Boot-Krieg ebenfalls. Inzwischen legen wir auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Weltkriege im Zusammenhang mit dem U-Boot-Kriege deshalb weniger Gewicht, weil die amerikanische Neutralität je länger je mehr zu einer offenen Parteinahme für England entwickelt hat und deshalb auch mit Sicherheit damit rechnen liegt, daß die Vereinigten Staaten trotz aller Friedensabsichten ihres Präsidenten schließlich doch zur aktiven Teilnahme am Weltkriege übergehen werden. Will den europäischen Neutralen und Seemächten mit Spanien liegen die Dinge anders, Spanien hat sein Interesse, sich in den Weltkrieg zu fügen und es weit auch, wie die Versicherungen der angeführten Blätter beweisen, daß es am Weltkriege, auch im Falle einer deutschen Niederlage, gegenüber seiner Neutralität nur zu verlieren hat. Um so schwerer müßte es die Mittelmächte treffen, wenn es ihrer Diplomatie nicht gelingen sollte, die spanische Gefahr zu bannen. Die Teilnahme Spaniens am Weltkriege müßte für uns verhängnisvoll werden. Deshalb müssen wir wünschen, daß es der deutschen Diplomatie gelinge, einen Weg zur Weigerung der spanisch-deutschen Differenzen zu finden.

Der Vormärts schreibt zu der Angelegenheit: Die spanische Regierung hat ihren Schritt zweifellos aus einer Notlage heraus getan, in die der U-Boot-Krieg ihr Land verfiel.

hat, wie denn überhaupt die Wirkungen des U-Boot-Krieges auf die Neutralen nicht unterschätzt werden dürfen. Der erste Schritt ist zwar in allen Formen der internationalen Höflichkeit geschehen, aber es ist doch klar, daß eine Regierung, nachdem sie einmal den ersten Schritt getan hat, schwer wieder zurück kann. Reicht Deutschland den Entente gegenüber den Kriegsteilnehmern in Spanien gegen Deutschland nichts gefällig werden. An der Handlung, wie etwa der Beschäftigung der in spanischen Häfen liegenden deutschen Tonnage, zu drängen suchen. Andererseits liegen die Gründe nahe, aus denen die deutsche Regierung hier seinen Präzedenzfall schaffen will, der von den übrigen Kriegsteilnehmern ausgenutzt werden könnte. Ingedächtes dieser Schwierigkeiten konnte man da nur mit seltiger Handbewegung den Deutschen den Vortritt lassen, die Tag um Tag um ungehörigsten Unterseebootkrieg gedrängt und von ihm ein Ende aller Kriegsteilnahme zu verlangen. Und die Aufforderung; Bitte, legt ihr uns, wie diese neuen Schwierigkeiten überwinden müßten, aber im Interesse der deutschen Sache hat hier nicht gelungener und nicht zurückzuführen werden. In der Rücksicht der bisherigen spanischen Neutralität war nicht zu erwarten. Wir verlangen von der deutschen Regierung und machen sie dafür verantwortlich, daß nicht auch noch dieser neutrale Staat in die Falle anderer Gegner getroffen und damit die Weltneutralität im Weltkriege etwas mehr gefährdet wird. Schließlich hat man Unterseebootkrieg nicht den Neutralen beifallig, als vor anderthalb Jahren, mochte die hohe Bedenklichkeit der „Immer feste drauf Politiker“ führt.

Berücksichtigt ist eine Meinungsäußerung der Deutschen Tageszeitung über die Lösung des deutsch-spanischen Konflikts. Nachdem das altschweizer Blatt ganz richtig ausgeführt hat, daß der Unterseebootkrieg nicht den Neutralen, sondern unseren Feinden geteilt, führt es aus:

„Betrachtet man in diesem Zusammenhang jetzt eine Lösung zu finden, wenn es sich beispielsweise als möglich zeigte, Vereinbarungen zu treffen, die über Lösung und Bestimmung nach als ein vordringliches Interesse und festgestellte spanische Handlung wären, wenn es sich um die Weltneutralität handelte, aber vor allem die hohe Bedenklichkeit der „Immer feste drauf Politiker“ führt. Diesem wäre in diesem Zusammenhang jetzt eine Lösung zu finden, wenn es sich beispielsweise als möglich zeigte, Vereinbarungen zu treffen, die über Lösung und Bestimmung nach als ein vordringliches Interesse und festgestellte spanische Handlung wären, wenn es sich um die Weltneutralität handelte, aber vor allem die hohe Bedenklichkeit der „Immer feste drauf Politiker“ führt. Diesem wäre in diesem Zusammenhang jetzt eine Lösung zu finden, wenn es sich beispielsweise als möglich zeigte, Vereinbarungen zu treffen, die über Lösung und Bestimmung nach als ein vordringliches Interesse und festgestellte spanische Handlung wären, wenn es sich um die Weltneutralität handelte, aber vor allem die hohe Bedenklichkeit der „Immer feste drauf Politiker“ führt.“

Es liegen weiter folgende Meldungen vor:
Saag, 27. August. Die Times berichten aus Santander: Dato teilt mit, daß die Regierung alle spanischen Schiffe beschlagnahmen wird, um für den Bedarf des Landes zu sorgen. Ferner will die Regierung den Verkehr mit den Alliierten regeln, namentlich die Ausfuhr von Eisenerz, Öl usw.

Es handelt sich hier, wie ausdrücklich bemerkt sei, um eine Beschlagnahme spanischer Schiffe zur Wehrung der Schiffsflotte. Das scheint aber nicht aus, daß die spanische Regierung an ihrer Absicht der Beschlagnahme deutscher Schiffe festhält.

Bern, 27. August. Von verschiedenen Zeitungsvertretern wegen der spanischen Note befragt, hat der Minister des Innern, Dato, wie der Madrider „Inmortal“ schreibt, folgende Erklärung abgegeben: Spanien wird sich nicht in einen Krieg füllen, an dem es nicht teilzunehmen hat. Es wird sein Vorgehen darauf beschränken, sein Recht mit voller Energie zu verteidigen und sein eigenes wirtschaftliche Gelingen anzusehen, die übrigens niemals in seiner Absicht lag. Wenn die Regierung sich weit erklären können, und zwar erst nach Abschlus der Verhandlungen, wird die öffentliche Meinung sich von den Heberbeizungen und Artimetern Rechenschaft geben, die in gewissen Fragen, welche eine zügige Behandlung verlangen, begangen worden sind.

Genf, 27. August. Die Agentur Radio meldet: Ein San Sebastian fand eine wichtige Konferenz zwischen dem Ministerpräsidenten Dato mit dem englischen Gesandten Gorington. Vertreter reiste sofort nach London. Wäher befanden Vertreter Sommerare über die Zwangsfrage mehr Reunigung als Befriedigung. Der Tempel veröffentlicht aus Barcelona allerhand Einzelheiten. Barcelona sei der Hauptpunkt der agitation gegen einen Krieg.

Friedenserdörterungen.

Das Leipziger Tageblatt bringt aus Wien folgende Meldung:

„Die Arbeitsteilung bringt heute einen Artikel mit der Aufschrift: Was kann Deutschland für den Frieden tun? mit dem Unterstitz von einem reichsdeutschen bürgerlichen Politiker, in dem es u. a. heißt: Der Hauptausgangspunkt schleunigst aufzutreten und die rascheste Einberufung des Reichstages verlangen. Der nächste Schritt muß der Eintritt eines repräsentativen Sozialdemokraten, z. B. E. Scheidemanns, in ein wichtiges Reichskabinett, dann die Aufhebung des dreijährigen Landtages, die längst aufgehört hat, eine bloße innerpreussische Angelegenheit zu sein und zu einer Sache von internationaler Bedeutung geworden ist. Hierauf hätte als letzte und wichtigste Maßregel eine Erklärung des Reichstages zu erfolgen, daß Deutschland bereit ist, den Frieden von Ost und Westwärts seinen allgemeinen Interessen unterzuwerfen, seinen Vorkriegs fremden Wobens zu beanstanden und seinen des eigenen preisgeben, Belgien wiederher-

zustellen und einem Völkerverbunde mit dem Ziel der internationalen Arbeitsteilung zu helfen und zu Hilfe zu treten.“

Aus der Meldung ist nicht ersichtlich, was unser Wiener Parteibüro zu den Vorschlägen des „reichsdeutschen bürgerlichen“ Politikers zu sagen hat. Doch es das Besorgnis nach Übernahme einer wichtigen Reichskabinets durch einen Sozialdemokraten kompromittieren können haben sollte, glauben wir bei der Haltung, die die internationalistischen Sozialdemokraten in der inneren Politik eingeschlagen haben, nicht, im Deutschland oder wäre dazu bei der gegenwärtigen Lage gar keine Aussicht vorhanden, wobei haben möglicherweise. Um übrigens aber werden den vom bürgerlichen Politiker Formierungen aufgestellt, die die Sozialdemokratie stets entschieden vertreten hat. Was insbesondere die Einberufung des Reichstages anlangt, so dürfte sie nach der Unterzeichnung der deutsch-russischen Zusatzverträge nurmehr nicht zu umgehen sein, da es ja keinen Zweifel gibt, daß erstlich das Recht des Reichstages auf Wiedereinsetzung bei dieser Frage bestehen sollte.

Der Krieg im Westen.

26. Berlin, 27. August. (Amlich.) Der Schwerpunkt der letzten Durchbrüche...

27. Berlin, 27. August. (W.Z.B.) Die neue deutsche Verteidigungsstellung...

27. Rotterdam, 27. August. Die Morningpost schreibt: Der Stellung dieses Jahres...

27. Rotterdam, 26. August. Der militärische Mitarbeiter der Times schreibt: Es herrscht noch ein gewisses Misverständnis...

27. Genf, 27. August. Die Berliner Briefe beweielen, trotz aller Siegesberichterstattung...

Oesterreichischer Heeresbericht.

27. Wien, 27. August. Amlich wird vermeldet: In mehreren Stellen der italienischen Front...

Der Krieg zur See.

26. Berlin, 27. August. (Amlich.) In den Gewässern westlich England...

27. Bern, 27. August. Nouvelliste de la Spez meldet aus Neapel: Der von einem deutschen U-Boot...

Der Luftkrieg.

Amsterdam, 27. August. Allgemeinen Handelsblatt erklärt: Das heute früh...

Die feindlichen Kriegsergebnisse.

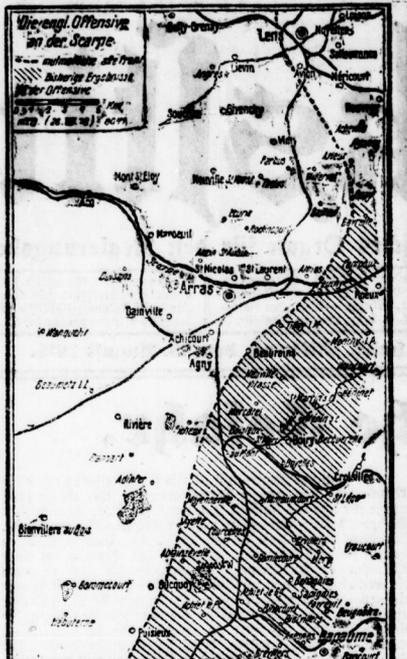
Transjordanischer Bericht. 26. August nachmittags. Jemliche lebhafteste...

26. August abends. Der Bericht der More haben wir zwei britische...

Orientbericht. 25. August. Größere Militärteiligkeit in der Gegend...

Albanien. Die Oesterreicher griffen zu zwei verschiedenen Malen...

Engländer Bericht. 26. August. Unsere Truppen griffen morgens um 3 Uhr...



Dörfer hinaus vor. Wir verbesserten unsere Stellung südlich von...

27. August. In Albanien nahm der Feind nach jeiner am Morgen des 24....

Der Krieg nach dem Kriege.

Amsterdam, 27. August. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, daß auf der...

27. August. In Albanien nahm der Feind nach jeiner am Morgen des 24....



Kreditbewilligung und Bauseitverweigerung.

Der Nationalrat der französischen Sozialdemokratie hat nach dem Antrag...

27. Bern, 27. August. Bei der gestrigen Zusammenkunft in Paris erhob das...

Politische Uebersicht.

Deutschs Reich.

Die Unterzeichnung der deutsch-russischen Ergänzungsbeträge.

Amlich wird aus Berlin 27. August gemeldet: Heute nachmittag...

Eine Kreditfretzung Dr. Helfferichs.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Gegenüber unzutreffenden Veröffentlichungen...

Die deutsche Kriegspoliti.

In der schönen Stadt Reichen hielten die sachlichen deutschen einen...

Bayern will sich abschließen!

Der bayrische Städtetag will der Staatsregierung einen Antrag unterbreiten...

27. Berlin, 27. August. Der Reichssteuerberater befindet sich eine...

Mit. Großes Hauptquartier, 27. August. (Einschl.)

Westlicher Kriegskriegsplan.

Heeresgruppen Scarpingia Kuppochit und Kochu. ... Die Westliche Gruppe des Heeres ...

Das Heer der unbefohlenen Jugend.

Leser tauchen in den Zeitungen Berichte über die hohen ...

Ein Beispiel dafür bieten die so zahlreich ...

Die Zahl der Lehrlinge ohne Einigkeit ...

Table with 4 columns: Zeit, Männlich, Weiblich, Zusammen. Rows for years 1914, 1915, 1916, 1917, 1918.

Es sei nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich ...

Manche Familien ist jetzt in der Kriegszeit ...

Unter letztem Einfluß von Panzerwagen ...

Die Kolonialkriegsrente will die Wunden heilen, die der Krieg allen Kämpfern in den Kolonien ...

Zu Kolonialkriegsrente.

Die Veranlassung für die Kolonialkriegsrente ...

Ein Fehltritt.

26] Eine Bauerngeschichte aus dem Raum ...

„Meine Herren!“ fuhr der Verteidiger in seiner Rede fort ...

... nicht soeben das Weiser, um es dem Angreifer ...

... der Zufuhr und Seigen, nachdem der Obmann ...

... Geben wir nun zu der von der Angelegenheit ...

... Die Gefährten beneiden die Frage des ...

Kriegsberufe. In der Brauereigasse wurde ein Frau durch einen Arbeiter erschossen. Die Tat ereignete sich am Sonntag, den 20. August, um 11 Uhr. Die Frau wurde durch einen Arbeiter erschossen. Die Tat ereignete sich am Sonntag, den 20. August, um 11 Uhr. Die Frau wurde durch einen Arbeiter erschossen. Die Tat ereignete sich am Sonntag, den 20. August, um 11 Uhr.

Lebensmittelbeschaffung. Der Reichsgerichtshof hat über ein Urteil im Reichsgerichtsverfahren über die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung in der Provinz Brandenburg entschieden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Verhaftung. Ein Mann wurde wegen Diebstahls verhaftet. Die Verhaftung erfolgte am 18. August 1918 in der Provinz Brandenburg. Der Mann wurde wegen Diebstahls von Geld und anderen Sachen verhaftet.

Gallesche Kriegsberufte. Die Gallesche Kriegsberufte Nr. 1221. Etwas, Rudolf, 24. 1. 1898. Der Berufte ist ein Mann, der in der Provinz Brandenburg geboren wurde. Er ist ein Mann, der in der Provinz Brandenburg geboren wurde.

Wittener Reichsgerichtshof. Der Reichsgerichtshof in Weimar hat über ein Urteil im Reichsgerichtsverfahren über die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung in der Provinz Brandenburg entschieden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Aus aller Welt. Zwangsweise Schließung von Hotels in Bad Harzburg. Die Hotels in Bad Harzburg sind zwangsweise geschlossen worden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Aus der Provinz. Mitwirkung der Arbeitervertreter in der Unfallversicherung. Die Arbeitervertreter sind in die Unfallversicherung einbezogen worden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Wittener Reichsgerichtshof. Der Reichsgerichtshof in Weimar hat über ein Urteil im Reichsgerichtsverfahren über die Beschaffung von Lebensmitteln für die Bevölkerung in der Provinz Brandenburg entschieden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Der städtische Nahrungsmittelverkauf wird am 20. August 1918 in der Provinz Brandenburg stattfinden. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Verordnung über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft. Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1918 (Gesetzsammlung Seite 451) in Verbindung mit dem Kriegsgebot vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 813) wird unter Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. 4. 17 im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Bezirk des IV. Armeebezirks erlassen:

Rechtsprechung. Unter dieser Voraussetzung ist eine Person, die in der Provinz Brandenburg geboren wurde, in der Provinz Brandenburg geboren wurde. Die Entscheidung ist am 19. August 1918 ergangen.

Kolonialkriegerdank. Öffentlicher Vortragsabend. In den Thallasälen am Donnerstag, dem 29. August. Beginn um 8 Uhr.

1. Eröffnung: Direktor Prof. Dr. Wolf-Halle.
2. Ostafrikanischer Feldzug, nach eigenen Erlebnissen dargestellt von Karl Roehl-Ruberga.
3. Schlusswort: Prof. Dr. Naujeiter-Halle.

Lichtbilder. Eintritt frei.

Preiswerte Mühen für Herren und Knaben. Schüler- u. Soldaten-Mützen [1471] in großer Auswahl.

Kaufhaus H. Elkan Leipziger Str. 67.

Schuhe und Stiefel werden besetzt und repariert. [1800] - [1800]

Bad Wittkind. Heute abend 8 Uhr: Konzert vom [1482] Stadttheater-Orchester. Solist: Opernsängerin Henriette Böhm.

Zoo. Donnerstag, 29. August, 4 Uhr nachmittags, und 7 1/2 Uhr abends: Konzerte vom [1483] Stadttheater-Orchester. Solist im Abendkonzert: Opernsängerin Katharina Ellsberg. Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., von 7 Uhr ab 25 Pf., Kinder 20 Pf. Militär ohne Dienstgeld zahlte vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf. Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saal statt.